



Pressemitteilung

15.12.2017

Meine Woche in Berlin

Viele Bürger und darunter viele Chemnitzer stellen sich die Frage, ob sie von der Politik überhaupt noch gehört werden. Ich höre gerne zu. Mehrfach war ich deswegen auch mit dem Bundesinnenminister und Vorsitzenden der sächsischen Landesgruppe Thomas de Maiziere im Gespräch. Jedes Mal geht es um brennende Fragen wie Migration oder Regierungsbildung. Ja, es stimmt: Manche Entscheidungen hängen von einer neuen Regierung ab, besonders der Haushalt 2018 sowie deutliche Impulse in den Bereichen Bildung und Digitalisierung. Deswegen entspricht es unserem gemeinsamen Wunsch, dass so schnell wie möglich die neue Regierung steht. Ich bin froh, dass das Parlament trotzdem arbeitsfähig ist.

Das zeigt sich deutlich an den Debatten und Abstimmungen dieser Woche. Wir haben verschiedene Einsätze verlängert. Einer davon betrifft direkt die Chemnitzer Partnerstadt Timbuktu, denn in Mali sind wir hauptsächlich mit Sanitäts- und Ausbildungsaufgaben beteiligt. Eine heiße Plenardebatte gab es um die Zustimmung des Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt zur Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat für weitere fünf Jahre. Meine Position dazu ist eindeutig: Der Minister hätte sich sowohl inhaltlich als auch in seiner Vorgehensweise anders verhalten müssen. Allerdings gab er zu bedenken, dass im Falle seiner Ablehnung andere Wirkstoffe verwendet würden, die (noch) nicht verboten sind – und möglicherweise ebenfalls Schaden anrichten.

Ein weiteres Thema hat uns Abgeordnete diese Woche intensiv beschäftigt und wird es noch länger tun: Die Strafbarkeit der Werbung für eine Abtreibung. Überdurchschnittlich viele E-Mails haben mich dazu erreicht und es gab Gespräche mit Fachleuten, deren Positionen

weit auseinanderliegen. Das Bundesverfassungsgericht vertritt einen eindeutigen Standpunkt: Jede Abtreibung soll eine Ausnahme bleiben und die aktuelle Gesetzeslage entspricht dem Grundgesetz. Deswegen soll Werbung jedweder Art verboten bleiben. Nun steht noch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus und es gilt, vorbereitet zu sein, unabhängig von ihrem Ausgang.

Für Chemnitz konnte ich mich bei Kanzleramtsminister Peter Altmaier wegen einer Anfrage der IHK einsetzen. Außerdem hatte ich Botschafter und Vertreter von Nigeria, Kamerun, Mexiko und Togo zu Gast. In der Regel geht es auch in diesen Begegnungen um das Thema Migration.

Für dieses Jahr war es meine letzte Woche in Berlin. Deswegen möchte ich allen Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen und für 2018 viel Erfolg, Gesundheit und Gelingen.

Ihr Frank Heinrich